



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
für Arbeit und Soziales

Herrn
Leon Amelung



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73194
Fax 030 227 – 76194
E-Mail: kerstin.tack@bundestag.de

BürgerInnenbüro
Im Kreuzkampe 1
30655 Hannover
Telefon 0511 699805
Fax 0511 693089
E-Mail: kerstin.tack.wk@bundestag.de

Berlin, 07.04.2021

Sehr geehrter Herr Amelung,

vielen Dank für Ihre beiden E-Mails zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz.

Ziel des vom Bundeskabinett beschlossenen und damit aktuell im parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetzes ist es, dass digitale Produkte und Dienstleistungen EU-weite Standards für barrierefreien Zugang erhalten. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um Menschen mit Behinderungen durch ein Umfeld mit besser zugänglichen Produkten und Dienstleistungen ein unabhängiges Leben zu ermöglichen. Konkret betrifft das Gesetz unter anderem die Zugänglichkeit zu Geld- und Ticketautomaten, die Nutzbarkeit von E-Books, Computern sowie Unterhaltungselektronik, den Onlinehandel oder die Nutzung der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112.

Die von Ihnen zu Recht kritisierten Einschränkungen durch physische Barrieren in Form von Stufen oder nicht rollstuhlgerechten Toiletten werden mit diesem Gesetz jedoch nicht behoben.

Hierbei handelt es sich zum einen um den durch die Kommunen zu gestaltenden öffentlichen Raum (behindertengerechte Toiletten) als auch die Verpflichtung von Privaten, die Dienstleistungen für die Allgemeinheit anbieten, barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Zwar hat es hier an einzelnen Punkten ebenfalls Verbesserungen gegeben, wie zum Beispiel durch das „1.000-Bahnhöfe-Programm“ sowie dessen Folgeprogramm „Bahnhofs-konzeptPlus“, in deren Rahmen der barrierefreie Umbau von Bahnhöfen gefördert wird oder durch die „Initiative SozialraumInklusiv (ISI)“ aber eine allgemeine Verpflichtung war nicht durchsetzbar.

In dem Entwurf des SPD-Wahlprogramms steht zu diesem Thema aber folgende Passage:

Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Dabei ist Barrierefreiheit unverzichtbar. Wir werden vor allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Der große Mangel an barrierefreien bzw. armen Wohnraum, Sporthallen und anderen Freizeiteinrichtungen muss behoben werden. Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.

Wie Sie an dieser Passage erkennen, sehen wir den Bund - unabhängig von der Zuständigkeit - auch weiterhin in der Pflicht, genau die von Ihnen beschriebenen und im täglichen Leben erfahrenen Einschränkungen zu beheben und die Kommunen hierbei zu unterstützen.



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

Weil die Zuständigkeit für die Gestaltung des öffentlichen Raumes aber grundsätzlich in der Verantwortung der Kommunen liegt, ist mein Ratschlag an Sie, sich mit Ihrer Kritik auch an Frau Andrea Hammann, Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover, zu wenden. Ihre Kontaktdaten lauten:

Andrea Hammann

Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Hannover

Dezernat III

Landeshauptstadt Hannover

Trammplatz 2

30159 Hannover

behindertenbeauftragte@hannover-stadt.de

+49 511 168-46940

+49 511 168-49835

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Tack